

Internationale Klimagerechtigkeit

Auszug aus: Germanwatch 2010: Globaler Klimawandel: Ursachen, Folgen, Handlungsmöglichkeiten:
<http://www.germanwatch.org/klima/gkw11.htm>

Klimagerechtigkeit ist eine Art Leitbegriff geworden, sowohl für die internationale Klimapolitik wie auch die Aktivitäten vieler Akteure der Nord-Süd-Zusammenarbeit. Was verbirgt sich dahinter?

Es ist offensichtlich nicht gerecht, dass die Länder, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, am stärksten von seinen Folgen betroffen sein werden. Insbesondere die kleinen Inselstaaten – in der Klimapolitik in der „Alliance of Small Islands States (AOSIS)“ zusammengeschlossen – und die am wenigsten entwickelten Länder (die Least Developed Countries, LDCs) gelten als besonders verletzbare Ländergruppen. Darüber hinaus sind auch Länder in anderen Regionen oder Millionen arme Menschen in den Schwellenländern massiven Bedrohungen durch den Klimawandel ausgesetzt. Die Pro-Kopf-Emissionen in den ärmsten Ländern sind mit weniger als einer Tonne CO₂ pro Jahr in der Regel um ein Vielfaches geringer als z. B. die in Deutschland oder den USA (s. auch Abbildung 20). Ähnlich groß ist der Unterschied der Pro-Kopf-Emissionen zwischen den Eliten und den besonders betroffenen Personengruppen in diesen Ländern.

Die Ungerechtigkeit zwischen historischen und heutigen Verursachern und bereits Betroffenen des Klimawandels spielt v. a. auch in den internationalen Verhandlungen um ein Post-2012-Abkommen eine zentrale Rolle. Es zeigte sich auf der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009, dass Vertrauen und Dynamik für internationalen Klimaschutz nur wachsen können, wenn das Prinzip der gemeinsamen aber differenzierten Verantwortlichkeit auf **drei Dimensionen der internationalen Klimagerechtigkeit** erweitert wird:

1. Die Überlebenssicherung aller Staaten, als Minimum jeder Fairness

Für die von den Folgen des Klimawandels am meisten betroffenen Länder steht bezüglich der Gerechtigkeitsfrage das Überleben an erster Stelle. Deutlich vertrat beispielsweise der Inselstaat Tuvalu auf dem Kopenhagener Klimagipfel die Position, Klimaschutz (und damit das internationale Klimaabkommen) müsse so ambitioniert gestaltet werden, dass das Überleben aller – also auch der verletzlichsten Staaten und Völkergruppen – gewährleistet werde. Die LDCs und AOSIS waren es, die zuerst die Forderungen aufstellten, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 °C gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen.

2. Die faire Lastenverteilung für Klimaschutz und Anpassung

Das emissionsintensive Wohlstandsmodell der Industrieländer lässt sich aufgrund der Begrenztheit der Ressourcen, auch der Ressource „Kohlenstoffsенke Erdsystem“, nicht auf die ganze Welt übertragen. Gleichzeitig sind die Bekämpfung der Armut und die wirtschaftliche Entwicklung oberste Priorität der Regierungen – insbesondere der Entwicklungsländer. Von ihnen den Umbau zu einem neuen, noch nirgends praktizierten Wohlstandsmodells zu verlangen, während die Industrieländern noch weiter

ihren Wohlstand durch fossile Energieträger befeuern, wird von den Entwicklungs- und Schwellenländern verständlicherweise als ungerecht empfunden. Da es bei der Frage der Lastenverteilung der Emissionsreduktionen vor allem um das Gerechtigkeitsverhältnis – wie kann unter der Berücksichtigung von Gerechtigkeitsprämissen die Verantwortung zur Bekämpfung des Klimawandels fair verteilt werden? – zwischen den mächtigsten Staaten der Erde geht, hat diese Frage etwa den Klimagipfel in Kopenhagen dominiert.

Wenn die notwendigen ambitionierten Klimaziele erreicht werden sollen, müssen sich sowohl Industrie- als auch Schwellenländer zu weitgehenden Klimaschutzmaßnahmen verpflichten. Aus Gerechtigkeitsgründen werden die Industrieländer dabei vorangehen und ihre Treibhausgasemissionen bis Mitte des Jahrhunderts praktisch auf Null reduzieren – und zugleich den Umbau sowie die Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern massiv unterstützen müssen.

3. Die gerechte Beteiligung an den Chancen der klimapolitischen Transformation

Eine ungewöhnliche Koalition aus besonders betroffenen Staaten (wie den Malediven), Schwellenländern (wie Südkorea), einer wachsenden Zahl von Akteuren aus Industrieländern sowie NGOs und Investoren weltweit weisen zunehmend auf die dritte, stärker in die Zukunft gerichtete Dimension der Gerechtigkeit hin: Diese immer mehr an Bedeutung gewinnende Gerechtigkeitsfrage stellt sich, wenn das globale Rennen zu einer klimafreundlichen Weltwirtschaft (mit dem 2 °C-Limit als Leitplanke) tatsächlich die notwendige Dynamik aufnimmt. Dies wäre die größte wirtschaftliche Revolution seit der Erfindung der Dampfmaschine, um deren Ablösung es jetzt geht. Die große Gerechtigkeitsfrage wird dann: Wer hat welchen Anteil an den Chancen dieser Neugestaltung der gesamten Energie-, Verkehrs-, Gebäude-, Industrie- und Gebäudeinfrastruktur weltweit? Hier werden Macht, Einfluss und Reichtum für morgen verteilt. Aber auch die soziale und kulturelle Transformation, die mit einer Entwicklung zur postfossilen Gesellschaft einhergehen muss, birgt Gerechtigkeitskomponenten wie die Neugestaltung von Wertesystemen, die nicht vernachlässigt werden sollte. Diese Dimension macht auch noch einmal deutlich, dass die Wahrnehmung von Klimaschutz als Last (s. oben) verkürzt ist. Es wäre ungerecht, wenn die Menschen, die – ohne eigenes Verschulden – vom Klimawandel am heftigsten betroffen sind, die Armen auf diesem Planeten, auch von neuen Wohlstandsmodell ausgeschlossen werden.

Die drei Dimensionen der internationalen Klimagerechtigkeit müssen zusammengeführt werden, um eine nachhaltige Lösung durch Dynamik in der Gesellschaft, in den Kommunen und in der Wirtschaft weltweit zu entfachen und die Menschen, die heute in den ärmsten Ländern wohnen, ebenfalls an den Gewinnen der Großen Transformation teilhaben zu lassen.